

Grönlands Weg der nachkolonialen Reformen

Adrian MEYER

Zusammenfassung

Dieser Beitrag befasst sich mit der grönländischen Selbstverwaltung, die den Eckstein der Unabhängigkeitsbestrebungen reflektiert. Es überrascht dabei die Klarheit der nachzuvollziehenden Schritte der grönländischen Autonomieentwicklung von der Entkolonialisierung, die mit der Reform der dänischen Staatsverfassung begann bis zur Entwicklung der Verfassungsrechtslage der Autonomiegesetze als vorläufige Vollendung der grönländischen Unabhängigkeit. Eine überragende Rolle in den Unabhängigkeitsforderungen und dem Erlangen einer prosperierenden und stabilen Wirtschaft spielen die besonderen Regelungen über die Verwaltung der Bodenschätze und die autonome Bewältigung infrastruktureller Aufgaben.

Besiedelungsgeschichte und Kolonialepoche

Soweit heute bekannt ist, begann die Besiedelung Grönlands¹ 2600 v. Chr. Wildbeuter gelangten in drei grossen aufeinanderfolgenden Einwanderungswellen von Ellesmere-Land, vom Kennedy- und Robeson-Kanal in Arktisch Kanada an die Nordwestküste von Grönland und Peary-Land. Aufgrund entsprechender Artefaktenfunde im Permafrost zogen sie sich aber wieder zurück oder verschwanden aus noch nicht geklärten Gründen von ihren Ausbreitungsgebieten entlang den Küsten. Um das Jahr 1000 n. Chr. folgte ihnen eine neue Generation, Träger der sogenannten Thule-Kultur, die im 12. und 13. Jh. im westlichen Nordgrönland voll entfaltet gewesen sein musste und die im Unterschied zu ihren Vorgängern in Grönland überlebte. Grönland als Endpunkt ist den insgesamt neun Einwanderungswellen gemeinsam. Denn die Transportmittel dieser Kulturen reichten für die Bezwingung des Ostgrönland- und Golfstroms nicht aus, um nach Svalbard zu gelangen. Viele Fragestellungen hinsichtlich der Ausbreitung und des Verschwindens der einzelnen Kulturen in Grönland bedürfen weiterer archäologischer Forschung und Untersuchungen der klimatischen Veränderungen in Ozean und Atmosphäre, um die bestehenden Kenntnislücken in Zukunft schliessen zu können.

Vermutlich 980 n. Chr. migrierten von Island normannische Verbannte und Kolonisten, die sich infolge Auflösung der alten Sippenordnung in Festlandskandinavien zum Verlassen ihres Landes veranlasst sahen.

Die sogenannten Wikingerfahrten brachten sie dann an die Südwestküste von Grönland, wo sie im Gebiet der *Øster-* und *Vesterbygder* ihren eigenen Freistaat konstituierten². Zwar verschwanden um 1400 die normannischen Siedlungsstätten nach deren rund 500-jährigen Bestehen im Südwesten Grönlands wieder, dennoch ist die Besiedelungsgeschichte der Insel durch die als *Nordboer* bezeichneten Siedler von Island und Skandinavien weit besser dokumentiert und nachvollziehbar, als die Migrationszüge und die kulturelle Eigenentwicklung der Vorgänger der Grönländer der Neuzeit.

Erst in der Folge von Wiederentdeckungsexpeditionen der Terra incognita, der Ankunft des dänischen Missionars Hans Egede und der Herrnhuter Brüdermissionare im Jahre 1721, begannen sich an der klimatisch begünstigten, eisarmen Westküste Handelsstationen und Missionsplätze schnell zu entwickeln. Interessant ist, dass Egede, wie auch eine von Ricardson 1607 geführte Grönland-Expedition, gehofft hatten, noch Nachkommen der *Nordboer* vergangener Zeiten aufzufinden.

¹ Von der Existenz Grönlands wird in einem auf das Jahr 875 n. Chr. zurückgehenden Eintrag, im sogenannten Landnámabók, einer isländischen Chronik, berichtet. Darin wird die Sichtung des Norwegers Gunnbjörn Ulfsson von neuem Land erwähnt, als er in einem Sturm von Island westwärts abgetrieben wurde. Kartografiert wurde Grönland erstmals im 16. und 17. Jh., den Chroniken folgend, wie z.B. die Karte des Gudbrand Thorlacius in *Torlaei Grönl. 1606* (VON ETZEL 1860). Angeblich weiter zurück reichen die Entdeckungsfahrten des keltischen Abts Brendan. Die im 9. Jh. niedergeschriebene *Navigatio Sancti Brendani Abbatis (1476)* beschreibt die Reise Brendans Mitte des 6. Jh. mit seinen Gefährten, die ihn an die Küsten Grönlands und auf das amerikanische Festland geführt haben soll.

² Dieser Freistaat dürfte ähnlich strukturiert gewesen sein, wie jener, der sich in der gleichen Zeit im benachbarten Island konstituierte. Schwere Vergehen der Siedler gegen dessen Ordnung wurden mit Verbannung sanktioniert. Diese Strafe wurde auch im zu jener Zeit gegen Eirík hinn Rauða Torvaldson geführten Prozess verhängt. Die ausgesprochene dreijährige Verbannung wegen Todschlags veranlasste Torvaldson mit seinen Gefolgsleuten in Knarrs nach Westen zu fahren, wo er im Jahr 982 n. Chr. neues Land, das er Grönland (grünes Land) nannte, entdeckte (KARLSON 1986: 46; ISRAEL 1969: 10-11). Wie im *Islendingabók* nachzulesen ist, fand er dort Spuren eskimoischer Niederlassungen. Damit steht fest, dass die Eskimos der Thule- und Inugsuk-Kultur die Westküste damals bereits besiedelt hatten.

Mit der Errichtung eines dichten Netzes von Handelsfaktoreien und Missionsstätten der protestantischen Freikirche an der Westküste begann die dano-norwegische Krone die Grönländer wirtschaftlich, sozial, politisch und religiös zu kolonisieren. Sie stellte im Jahr 1774 den grönländischen Handel, mit der Gründung des *Kongelige Grønlandske Handel* (KGH)³, unter ihre ausschliessliche Hoheit, die bis ins Jahr 1866 massgebend blieb. Aufgrund eines Verdikts des dänischen Königs wurden 1782 erstmals die generellen politischen und wirtschaftlichen Ziele für Grönland festgelegt. Hiermit sollte insbesondere die Ausbeutung der grönländischen Eskimos durch englische, französische, deutsche, norwegische und holländische Walfänger verhindert und das Land gegenüber allen anderen ausländischen Handelsbestrebungen abgeschirmt werden. Diese Weisungen für grönländische Handelsaktivitäten können als erste grönländische Verfassung bezeichnet werden.

Im Frieden zu Kiel wurde 1814 Grönlands Zugehörigkeit zur dänischen Krone, die seit 1721 mit Norwegen und Schweden in Personalunion stand, bestätigt und Norwegen an Schweden abgetreten. Damit wurde der Grundstein für den später einsetzenden Konflikt zwischen Dänemark und Norwegen, welches Teile der grönländischen Ostküste für sich beanspruchte, begründet⁴. Erst 1953 endete die grönländische Kolonialzeit, indem die Insel durch Änderung der Reichsverfassung ein gleichberechtigter Gliedstaat Dänemarks wurde. Die Bestrebungen nach Autonomie führten 1979 zur Begründung des grönländischen Parlaments mit weitreichenden Kompetenzen der Insel innerhalb des Verbundes mit Dänemark.

Soziologische Folgen der Kolonisierung

Die Form des traditionellen, vorkolonialen eskimoi-schen Zusammenlebens wird als Fanggemeinschaft bezeichnet, die nicht nur Einzelfamilien umfasste, sondern weitere, miteinander verwandte Mitglieder zu lokalen Gruppen in einer nicht-staatlichen Gesellschaftsform zusammenschloss. Solche traditionellen Verbände blieben deshalb autark, weil kleine, weitverstreute Siedlungen mit hoher Beweglichkeit eine optimale Ausnutzung der Ressourcen anstrebten. Die engen Kontakte der Grönländer mit Brüdermissionen bewirkten vor allem Veränderungen der Wohn- und Siedlungsstruktur und der Sozialorganisation⁵. Durch die zusätzliche Integration dänischer Kolonisten und Funktionäre in die engbegrenzten Siedlungsräume der einstmaligen – besonders im Norden und Osten der Insel – winternomadisierenden Grönländer, wurden deren spezifisch subsistenzwirtschaftliche Lebensweise und sozialen Strukturen, wie Territorialität, Jagdstrategien und lokale Gruppengrösse stufenweise eingedämmt⁶. Dänemark trieb zudem die ökonomische und soziale Entwicklung der einzelnen Siedlungsgebiete ungleich voran. Gefördert wurden vornehmlich die Westküstendistrikte zwischen Qaqortoq und Uummannaq. Entlegene Siedlungen, überwiegend im Norden und Osten, wurden zu nicht natürlich gewachsenen, auf dem Reissbrett erdachten Versorgungsstätten zusammengezogen⁷. Die dadurch in nachkolonialer Zeit resultierende Landflucht aus diesen Gebieten und die

Urbanisierung der Westküste führte zum Niedergang der traditionell jagdorientierten und jahreszeitlich bedingten nomadisierenden Lebensweise und letztendlich zum Niedergang dieser ehemals intakten Siedlungen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.

³ Bis 1950 kontrollierte der *Kongelige Grønlandske Handel* den wirtschaftlichen Protektionismus in Grönland. Die nordgrönländische Handelsstation Thule und die in deren Nähe später errichtete Siedlung Qaanaaq sowie die beiden Ostküstendistrikte Tasiilaq und Illoqqotoormiut wurden bis 1963 einer differenzierten prohibitiven Administration unterworfen. Der *kolonibestyrer*, lokaler Bevollmächtigter der dänischen Regierung, war für den Vollzug des restriktiven Handels zugunsten der Lokalbevölkerung zuständig (ROBERT 1984: 77f).

⁴ Die norwegische Krone weigerte sich, diese Gebietsaufteilung zu akzeptieren, betrachtete die Inanspruchnahme der nahezu unbesiedelten ostgrönländischen Küste durch Dänemark als illegal und versuchte über diesen Teil Grönlands Souveränität zurückzugewinnen.

⁵ Handelsinteressen und Missionstätigkeit standen sich bei der Siedlungspolitik oft gegenüber. Die dominierende Herrnhutter-Mission wünschte einen Zusammenschluss ihrer Gemeindemitglieder, um die einsetzende Unterrichtstätigkeit wahrnehmen zu können. Die Konzentrationsproblematik wurde gelöst, indem der Handel zu Beginn des 19. Jh. ein Netz von Handelsposten zwischen den Kolonien errichtete und so zu einer Zerstreuung der Siedlungsräume führte (DEGE 1965: 28-49).

⁶ Der dominierende Faktor der grönländischen Gemeinschaft war ihr Bezug zur umgebenden Natur. Daraus ging eine hochentwickelte Jagdtechnik hervor, die für die Jagd auf marine Ressourcen eingesetzt wurde. Diese auf subsistenzwirtschaftliche Grundlagen ausgerichteten Jagdtechniken gewährten nur eine bescheidene Kontrolle der Umwelt, was zu einer extremen Abhängigkeit von tierischen Ressourcen führte. Diese System- und Sozialintegration widerspiegelte sich in ihren Siedlungsmustern, die durch geringe Dichten, mobile Siedlungen, saisonalbedingten Variationen in den Gruppengrössen und häufigen Migrationen charakterisiert waren (LARSEN 1982: 91-96).

⁷ Im Jahr 1925 wurde 1000 km nördlich des Ammassalik-Distriktes, mit 10% seiner Einwohner und zusammen mit westgrönländischen Familien, die Kolonie von Illoqqotoormiut gegründet. Die Errichtung dieses Handels- und Siedlungsplatzes sollte einerseits die Übervölkerung und Ressourcenknappheit in Ammassalik lindern. Andererseits wurden mit der Präsenz dänischer Kolonialbesitzung die Hegemonialansprüche von Norwegen auf Ostgrönland abgewehrt. Der langjährige Streit gegen Norwegen wurde vor dem Haager Gerichtshof 1933 entschieden, und die Souveränität Dänemarks über die gesamte Insel bestätigt (NILSON 1978). Militärstrategischen Massnahmen zufolge wurden im Jahr 1953 die Polareskimos in der von Rasmussen und Freuchen 1910 errichteten Handelskolonie Thule, 105 km nordwärts, nach Qaanaaq, zwangsumgesiedelt; Ziel dieser Zwangsumsiedelung war die Errichtung einer Luftwaffenbasis der USA nach dem 2. Weltkrieg.



Bild 1: Die nordgrönländische Siedlung Qaanaaq im Avannersuaq-Distrikt zählt 580 Einwohner (ÅRBØG 1997: 442). Dort wird der Subsistenzwirtschaft immer noch grosse Bedeutung beigemessen. Die nächstliegende Gemeinde – abgesehen von dem in 105 km Entfernung errichteten amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Pituffik in Thule – ist das 650 km luftlinienentfernte Upernavik. (Adrian Meyer, März 1997)

Selbstverwaltungsbestrebungen und Autonomie

Die neue dänische Staatsverfassung von 1953 entliess Grönland als dänische Provinz aus dem Status einer Kronkolonie, ohne dabei den wirtschaftlichen Dirigismus des KGH aufzuheben. Die Grönländer erhielten nun mit der Verfassungsänderung einen vollzugsbemächtigten Provinzialrat (*Landsrad*) auf ihrem Territorium und zwei Abgeordnete im dänischen Parlament, dem *Folketing*. Damit wurden eine Reihe wichtiger Gesetze zum Zweck der Entwicklung Grönlands erwirkt, und erste Ansätze zur Errichtung einer Autonomie waren erkennbar.

Als *Grönländer* galten damals die seit mindestens sechs Monaten auf Grönland ansässigen dänischen Staatsangehörigen, ohne Berücksichtigungen ihrer rassischen, ethnischen oder sprachlichen Zugehörigkeit. Insofern Sprachfragen eine Rolle für das Selbstbestimmungsrecht der Völker spielen, war die grönländische Sprachenfrage von Bedeutung für die weitere Entwicklung. Innerhalb Dänemarks als Staat sind die Grönländer heute eine Sprachminorität mit Autonomie. Die Grönländer stellen mit ihrer Sprache, dem in drei Hauptdialekten gegliederten *Kalaallit-Eskimo*, eine geschlossene Sprachgruppe dar. Und VEITER zufolge (1990: 10-27) ist für sie Grönland, im Sinne der modernen Lehre vom Recht auf die Heimat,

welches im neuen Autonomiegesetz für Grönland ausdrücklich anerkannt wurde, die Heimat der grönländischen Eskimos, die ihre, sich über die Jahrhunderte ausgezeichnet erhaltene Sprache, sprechen.

Spätestens seit 1967 haben sich die Grönländer nachhaltig gegen die dänische Herrschaft zur Wehr gesetzt und eine volle Autonomie, analog derjenigen der Färöer-Inseln, gefordert.

Im Jahr 1979 befürwortete die grönländische Bevölkerung in einem Referendum die vollständige Loslösung von Dänemark zugunsten künftiger Autonomie und Selbstverwaltung (*Hjemmestyre*) (FOIGHEL 1980: 5-15). Damit setzten sie die 1972 in Gang gesetzte Unabhängigkeitsbestrebung fort. Damals sprachen sie sich in einem Plebiszit dafür aus, dass eine Mitgliedschaft Dänemarks in der EWG nicht erwünscht sei und verhindert werden sollte. Es wurde befürchtet, die EWG könnte während der Erdölkrise über ihre vermuteten petrografischen Ressourcen verfügen.

Das Autonomie-Gesetz vom 29.11.1978, Nr. 577, der Königlichen Gesetzessammlung über die Autonomie Grönlands (*Grønlands hjemmestyre*) ist Resultat der fortgesetzten Autonomiebestrebungen. Seither verfügt Grönland über ein unabhängiges Landesparlament (*Landsting*). Es wird in direkter Volkswahl bestimmt, berät während einer vierjährigen Legislatur Gesetze und verabschiedet solche. Davon

ausgenommen sind die noch unter dänischer Hoheit stehende Verteidigungs- und Teile der Aussenpolitik. Das Kabinett (*Landsstyre*) verwaltet mit einem siebenköpfigen Ministergremium, das vom *Landsting* gewählt wird, die 18 Gemeinden der Insel. Infolgedessen ist Grönland mit dem Problem konfrontiert, seine Selbständigkeit innert kurzer Zeit durch ein funktionierendes Staatswesen zu zementieren. Hierbei haben sich die neugeschaffenen staatlichen Institutionen um das Vertrauen der Bevölkerung zu bemühen. Insbesondere ist es der in der Hauptstadt Nuuk ansässigen Regierung auferlegt, eine mehrheitsfähige Aussenwirtschaftspolitik zu betreiben. Ebenso wird der von der Bevölkerung vermehrt geforderten Dezentralisierungspolitik mit Kompetenzabtretung an die Landeskommunen Rechnung zu tragen sein.

Aussenpolitische Entwicklungen

Die 1983 erfolgte Bildung des Nordischen Rats, einer Unterorganisation der Nordischen Zusammenarbeit zwischen den selbständigen Mitgliedern Grönland, den Färöer- und den Åland-Inseln, kann als Beginn der Ära der aussenpolitischen Autonomie Grönlands bezeichnet werden. So war die damalige Unterzeichnung des sogenannten Helsingfors-Abkommens durch Grönland ein Akt, der über die ihm bisher zugestandenenen Selbstverwaltungskompetenzen hinausging. Denn gemäss den Gründungsstatuten⁸ stand der selbständige Beschluss und die Ratifizierung von internationalen Verträgen den grönländischen Behörden nicht zu. Dieser Vertragsschluss dürfte alle internationalen Folgeabkommen präjudiziert und die in Gang gesetzte Öffnungspolitik weiter vorangetrieben haben. So ratifizierte Grönland weitere multilaterale Abkommen und Zusammenschlüsse. Es zählen dazu u.a. die Arktische Zusammenarbeit, die Teilnahme am Panarktischen Inuitkongress und bilaterale Abkommen auf dem Gebiet der Jagd und Fischerei zwischen Norwegen, Kanada, Russland und Island.

Anpassung kirchlicher Gesetze ermöglichte 1994 die Begründung eines von Dänemark unabhängigen Bistums der Evangelisch-Lutherischen Kirche, die nach dem Rückzug der einstmals dominanten Herrnhuter Brüdermission um die Jahrhundertwende Landeskirche wurde. Im Zuge der Öffnung der Insel um 1953 erlangten auch die Siebententags-Adventisten, die Römisch-Katholische Kirche und weitere Religionsgemeinschaften Einfluss.

Grönlands Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft

Entscheidende Veränderungen haben sich in der Wirtschaftsgrundlage der Grönländer vor allem seit der Jahrhundertwende mit einem Temperaturanstieg der Westküstengewässer ergeben. Damit ging die Abwanderung der Seehunde, die bislang die wichtigste Beute der grönländischen Fänger darstellte, in nördliche Richtung einher (ISRAEL 1969: 99-102). Mit dieser Abwanderung der Seehundpopulationen aus den dichtbesiedelten Gebieten südlich der Diskobucht, war eine rasche Ausbreitung der Kabeljaube-

stände verbunden. Deshalb stellt auch heute noch die Küsten- und Fjordfischerei, besonders die Dorschfischerei, den wichtigsten Wirtschaftszweig der Insel dar. In der Folge setzte die Insel einen weiteren gewichtigen Meilenstein der Unabhängigkeitsbestrebungen mit dem am 1. Februar 1985 erfolgten Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft. Die Bevölkerung lehnte in ihrer Abstimmung hierdurch die als willkürlich empfundene Beanspruchung grönländischer Gewässer durch ausländische (vorwiegend aber durch EG-Staaten) Fischereinteressen ab. So hatten innerhalb der grönländischen 200-Seemeilen Fischereizone getarnte deutsche Trawlerflotten, welche vorgaben, Schellfisch zu fangen, wiederholt die reichen Kabeljauvorkommen entlang grönländischer Küsten illegal ausgebeutet (LAURITZEN 1989: 23). Damit wurde der Bestand an *sarullik* in den Küstengewässern, von dem die Wirtschaft seit den zwanziger Jahren gelebt hat, gefährdet.

Besonders heute haben die noch fruchtbaren und ergiebigen Fischbänke im Skandik und in den Gewässern der Westküste eine enorme wirtschaftliche Bedeutung für die Insel, die Kapitalgüter nur in spärlichem Masse selber erzeugen kann. Regierungskreise in Grönland waren deshalb davon überzeugt, dass beim positiven Abschluss von Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) auch eine weitsichtige europäische Fischereipolitik davon profitieren wird.

Das Fischereiabkommen, das mit der EU am 1. Januar 1995 abgeschlossen wurde, sichert der grönländischen Wirtschaft bis ins Jahr 2002 rund 70 Millionen Franken auf der Grundlage einer Quotenregelung für den Verkauf von Fischereilizenzen. Daneben verpflichtete sich die EU, einen Entwicklungsbeitrag in der Höhe von rund 15 Millionen Franken für partnerschaftliche Unternehmen zwischen grönländischen und europäischen Reedereien zu entrichten, mit dem Ziel, neue Fischereimethoden zu erproben (ÅRBOG 1997: 547). Diese Einnahmen sind für die Wirtschaftsentwicklung Grönlands um so gewichtiger, seit die USA mit dem Abbau der auf der Insel stationierten amerikanischen Truppenkontingente und Anlagen begonnen und den Betrieb der Luftwaffenstützpunkte in Kangerlussuaq und Kulusuk sowie der Frühwarnsysteme auf dem Inlandeis 1991 und 1992 eingestellt haben.

Ebenso wurde nun der Forderung der Grönländer nach Beseitigung des KGH-Monopols entsprochen und an seiner Stelle der KGH in die autonome Selbstverwaltung *Kalaallit Niuerfiat* überführt. Der KGH hat sich auf die grönländische Wirtschaft enorm hemmend ausgewirkt, weil sämtliche privatwirtschaftliche Handelstätigkeit unterbunden war.

Grönland darf weitere Verhandlungen mit der EU mit Zustimmung des dänischen Aussenministeriums selbständig führen. Hierbei forderte Grönlands grösste Oppositionspartei *Atassut* von der regierenden, sozialdemokratischen Partei⁹ *Siumut*, es sollten

⁸ Vgl. Act. Nr. 577, 29.11.1978, Kap. 3, Sekt. 11, Abs. 1 der Königlichen Gesetzessammlung.

neue Wege wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der EU beschritten und nicht das noch bestehende Fischereiabkommen fortgeschrieben werden. Die für eine engere Zusammenarbeit mit dem dänischen Königreich einstehende *Atassut* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass mit dem Zusammenschluss von Kanada, USA und Mexiko zur Nafta, neben der EU, eine neue wirtschaftliche Grossmacht entstanden sei und Grönlands Unabhängigkeitsbestrebungen destabilisiert zu werden drohten, falls es Grönland nicht gelänge, eine dezidierte Aussenwirtschaftspolitik zu betreiben. Europafreundliche Kreise Grönlands versprechen sich demgegenüber von einer eventuellen Vollmitgliedschaft in der EU Investitionshilfen zur Förderung städtischer Infrastrukturen. Sie erhoffen sich, auch die Schaffung von Flugplätzen entlang des wirtschaftlichen Zentrums der Westküste könnte mit EU-Geldern finanziert werden, womit zinsintensive Fremdkredite, die heute den Staatshaushalt stark belasten, entfallen würden.

Eine Verhandlungsallianz mit Norwegen und Island – bei deren unterschiedlichen Konzessionsbereitschaft gegenüber der EU – wird Grönland jedoch kaum anstreben. Dafür sind seine marinen Ressourcenvorteile, die vermuteten petrografischen Lagerstätten für die EU im Vergleich mit den nordeuropäischen Nachbarländern zu attraktiv, als dass es seine Fischereihoheit als Eintrittspreis preisgeben wird.

Innenpolitische Dezentralisierung

Mit dem vor 19 Jahren erlangten Autonomiestatut änderte sich die strukturelle Entwicklungshilfe wesentlich. Hatte die dänische Kolonialregierung nur einzelne grönländische Siedlungszentren, je eines Landesteils, gezielt wirtschaftlich unterstützt, um damit auch extrem isolierte und bevölkerungsarme Inselteile logistisch und infrastrukturell kontrollierbar zu verwalten, wurde nunmehr versucht, Grönland von seiner Hauptstadt Nuuk an der Westküste zentral zu lenken und zu fördern. Heute zeigt sich, dass diese Politik korrigiert wird. Denn die grönländischen Städte und Siedlungen sind trotz Einführung modernster Kommunikationstechnik und einem ausgebauten Transport- und Versorgungswesen isolierte Gemeinwesen geblieben. Auch die enormen Distanzen bringen es mit sich, dass die Gemeinwesen weiterhin in hohem Grad auf sich selbst angewiesen sind. Die zunehmende Bürokratisierung der Zentralverwaltung in Nuuk stösst denn auch bei den durch Subsistenzwirtschaft und dem Fehlen von Nischenökonomien charakterisierten Gebieten in Nord- und Ostgrönland auf wenig Akzeptanz (SANDELL 1988: 81-96). Es wird deshalb gefordert, künftige Gesetze und Verordnungen, wie auch deren Vollzug, den jeweiligen Landesteilen anzupassen. Die je nach geographischer Breite unterschiedlichen geoklimatischen Bedingungen und die je nach Region anders geprägten Erwerbszweige – von der Jagd- bis zur Dienstleistungswirtschaft – lassen deshalb eine fortschreitende Dezentralisierung der Verwaltung sinnvoll erscheinen. Föderale Verwaltungsstrukturen würden zudem die optimalere Nutzung gesellschaftlicher Leistungen auf der Insel begünstigen.

Eine Reformkommission beantragte darum dem Parlament in seiner Oktobersession 1994, die autonomen Kompetenzen der Gemeindebehörden zu erweitern. Man erhofft sich davon eine Verbesserung, Vereinfachung und Modernisierung der Gemeinde- und Siedlungsleistungen. Mit der Einberufung dieser Kommission war man auch der Befürchtung entgegengetreten, dass bei einem allfälligen EU-Beitritt, Nord- und Ostgrönland noch mehr an erwerbswirtschaftlichem Terrain verlieren könnten, indem die Urbanisierung an der Westküste weiter vorangetrieben und die sozialen Verhältnisse in den jagdorientierten Gebieten zusätzlich destabilisiert würden. Auch deshalb reagiert die grönländische Bevölkerung gegen die *classe politique* skeptisch, welche sich in Nuuk zu etablieren versucht. Deren Wirtschaftsinteresse sei geprägt von einer kurzsichtigen Investitionspolitik, die sich auf die Städte der Westküste konzentrierte, währenddem die isolierten ost- und nordgrönländischen Distrikte vernachlässigt würden.

Unabhängigkeitsbestrebungen hinsichtlich Ressourcenschöpfung und Infrastruktur

a) Vielseitige Anforderungen
an die Rohstoffverwaltung in Nuuk

Mit dem durch ein Referendum gewonnenen Autonomiestatut Grönlands von 1979 und den delegierten Kompetenzen vom dänischen Königreich in die neugeschaffene grönländische Selbstverwaltung entstanden in der Folge die besonderen gesetzlichen Regelungen über die Verwaltung der dortigen Bodenschätze¹⁰. Zentrales Postulat darin ist die Anerkennung des Rechts der grönländischen Bevölkerung, ihre Rohstoffe in ihrem eigenen Interesse zu nutzen. Die Rohstoffgesetze unterschieden sich von Aufgaben anderer Ministerien dadurch, dass die Rohstoffgesetzgebung – im Unterschied zu andern Regelungsbereichen, welche vollständig der Selbstverwaltung überantwortet wurden – Kompetenzteilung zwischen Dänemark und Grönland vorsah. Das für diese Aufgabe vorgesehene Organ ist das *Miljø- og Energi-ministeriet*, welchem die *Råstofforvaltningen for Grønland* (RFG) untergeordnet ist. Unter die Verwaltungsgeschäfte des RFG, dem die wissenschaftlichen Stabsstellen und die Umweltbehörde *Grønlands Miljøundersøgelse* zugeordnet sind, gehören u.a. die Vergabe von Rohstoffkonzessionen für die Durchforschung, Explorierung und den Abbau von Bodenschätzen durch Montankonzerne. Das RFG hat bei der Bewältigung seiner Aufgaben die Bestimmungen der Rohstoffgesetzgebung und zudem die partnerschaftlich gefällten Grundsatzentscheide in der Rohstoffmaterie des *Fællesråd*, der paritätisch aus je fünf

⁹ Vorläufer des heutigen Parteienspektrums war die 1964 gegründete *partiat inuit*, sie vertrat die Arbeitgeberinteressen, und die *Sukaq*-Partei, die vergeblich die politische Vorstellung der dänischen Sozialdemokraten in Grönland verwirklichen wollte.

¹⁰ Vgl. *Råstofforvaltningen for Grønland* J. Nr. 9208-03, 3.92.

Mitgliedern der grönländischen und dänischen Regierung zusammengesetzt ist, zu beachten. Dieser an sich als Konsultativgremium vorgesehene Gemeinschaftsrat mit gegenseitigem Vetorecht der Parteien, fällt sehr oft grundlegende Entscheide ohne direkte Absprachen zwischen den grönländischen und dänischen Behörden.

Zwischen 1995 und 1997 unterhielt die grönländische Selbstverwaltung in der Hauptstadt Nuuk in eigener Regie Büros für Information und Logistik, mit dem Auftrag, die grönländischen Mitglieder des Fællesråd sowie das grönländische Parlament zu informieren. Dieses Bemühen könnte das Ziel verfolgt haben, den Einfluss der grönländischen Entscheidungsträger innerhalb der partnerschaftlichen Rohstoffverwaltung auszudehnen. Die seit 1965 unveränderte Gesamtstruktur der Rohstoffgesetzgebung – die die Grönländer stark benachteiligte – wurde zwischen 1990 und 1991 von den beiden Landesregierungen bedeutenden Reformen unterzogen. Sie hatten zum Ziel, fiskalische Belastungen und gesetzgeberische Erschwernisse für internationales Kapital und Technologie zu beseitigen und mit neuen liberaleren Leitlinien international konkurrenzfähige Investitionsbedingungen zu schaffen.

Durch vielversprechende Explorationsprojekte von internationalen Minenkonzernen werden neben Blei, Zink, Molybdän und Gold in den letzten Jahren auch

Diamanten gefördert. Durchgesetzt hat sich ferner auch die sogenannte Mineralienjagd (*ujarassiorit*), bei der die grönländische Bevölkerung potentiell wertvolles Mineralgestein einsammelt. Gegen Zahlung einer Prämie werden die Mineralien den zuständigen Stellen für die wirtschaftliche Nutzenanalyse überlassen¹¹. Erdgasvorkommen in Mengen der Weltklasse werden zurzeit im Gebiet von Fylla an der Westküste und weitere aussichtsreiche Off-shore Gebiete entlang der Küsten prognostiziert. Mit Beteiligung eines internationalen Erdölkonzerns wird die staatliche grönländisch-dänische Nunaoil die Lokalisierung von Lagerstätten und deren Vorratsberechnungen aufgrund von konsolidierten seismischen Untersuchungen entlang der Ost- und Westküste vornehmen (GHEXIS 5/98: 4; MEYER 1996: 7).

Grundlage für die Zunahme von Konzessionen¹² war denn auch die strategische Änderung der Rohstoffpolitik und gesetzlichen Regelungen, die vor sieben Jahren vom grönländischen Parlament und dem dänischen Energieminister neu dekretiert wurden. Der hohen Subventionierung der grönländischen

¹¹ Vgl. J. Nr. 9112-05/93-95 Fællesrådet Vedrørende Mineralske Råstoffer i Grønland.

¹² Dok. 23/97, J. Nr. 082-01/97 Miljø- og Energiministeriet.



Bild 2: Entlang der schwer zugänglichen Ostküste liegen die beiden Distrikte Illoqqortoormiut und Ammassalik. Interesse für dieses Gebiet zeigen internationale Erdölkonzerns und Montankonzerne, die On- und Off-shore-Projekte vorantreiben. Auf und um Jameson Land für Erdöl, bei Skærgård für Edelmetall. (Adrian Meyer, August 1988)

Volkswirtschaft durch Dänemark stehen neben andern Einkünften Erträge der Konzessionsabgaben gegenüber. Ein Wiedererlangen einer ökonomisch prosperierenden Rohstoffförderung liegt im Interesse Grönlands wie auch Dänemarks, und sie dürfte damit auch den Selbstverwaltungsbestrebungen Grönlands weiteren Auftrieb geben. Dies drückt sich im Beschluss vom Januar 1998 zwischen der Selbstverwaltung und der dänischen Regierung aus, die politische Verantwortung von Kopenhagen nach Nuuk zu übertragen. Die diesbezügliche Gesetzesänderung verpflichtet die Grönländische Exekutive, künftig sämtliche administrativen Aufgaben hinsichtlich der Rohstoffförderung in Nuuk in eigener Kompetenz wahrzunehmen¹³.

b) Autonome Bewältigung meteorologischer Aufgaben

Die Kenntnis des arktischen Wettergeschehens und die Klimaforschung im grönländischen Untersuchungsraum bildet heute ein unabdingbares und zentrales Fundament für die Planbarkeit menschlicher Aktivitäten in Grönland.

Das grönländische Wetter wird – neben zonalen, breitenabhängigen und saisonalen Aspekten – besonders durch die Anordnung von Gebirgen im Osten des Landes, durch den Skandik, das zentrale Inlandeis

und durch ozeanische Oberflächenströmungen beeinflusst. An den bewohnten Küsten gemässigterer Breiten entstehen Sturmgürtel und Orkane, die sich in heftige katabatische Winde, den berühmten *Pitera*q, verwandeln können. Auf diesen abeisigen Blizzards folgt häufig Starkregen, sogenannter *Neqqajaaq*. In den Küstengebieten treten Stauwinde, *Nigeq*, auf. Diese wehen parallel zu den Küsten und werden dort äusserst kräftig, wo die Inseltopographie deren freie Strömung verhindert; so insbesondere beim südlichen Kap Farvel und am östlichen Scoresbysund.

Von der Wetter- und Klimabeobachtung und deren Analysen ist im heutigen Grönland die gesamte Wirtschaftstätigkeit, die Aufrechterhaltung infrastruktureller Aufgaben, die Kommunikationstechnologien sowie nahezu der gesamte Transport abhängig. Daneben ist die Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte Grönlands, am Rand der Ökumene, eng mit den Schwankungen des Klimas und den sie begleitenden Meereisschwankungen verknüpft. So war nicht nur die Besiedelung der Insel klimatischen Änderungen unterworfen, sondern auch die Wirtschaftsstruktur durch die Erwärmung der Gewässer an der Westküste.

¹³ Vgl. Aftale mellem Grønland: 8.1.98; Lovforslag Nr. L19, 26.3.98, København; Minex News 3/98; Ghexis, Nr. 13/98.

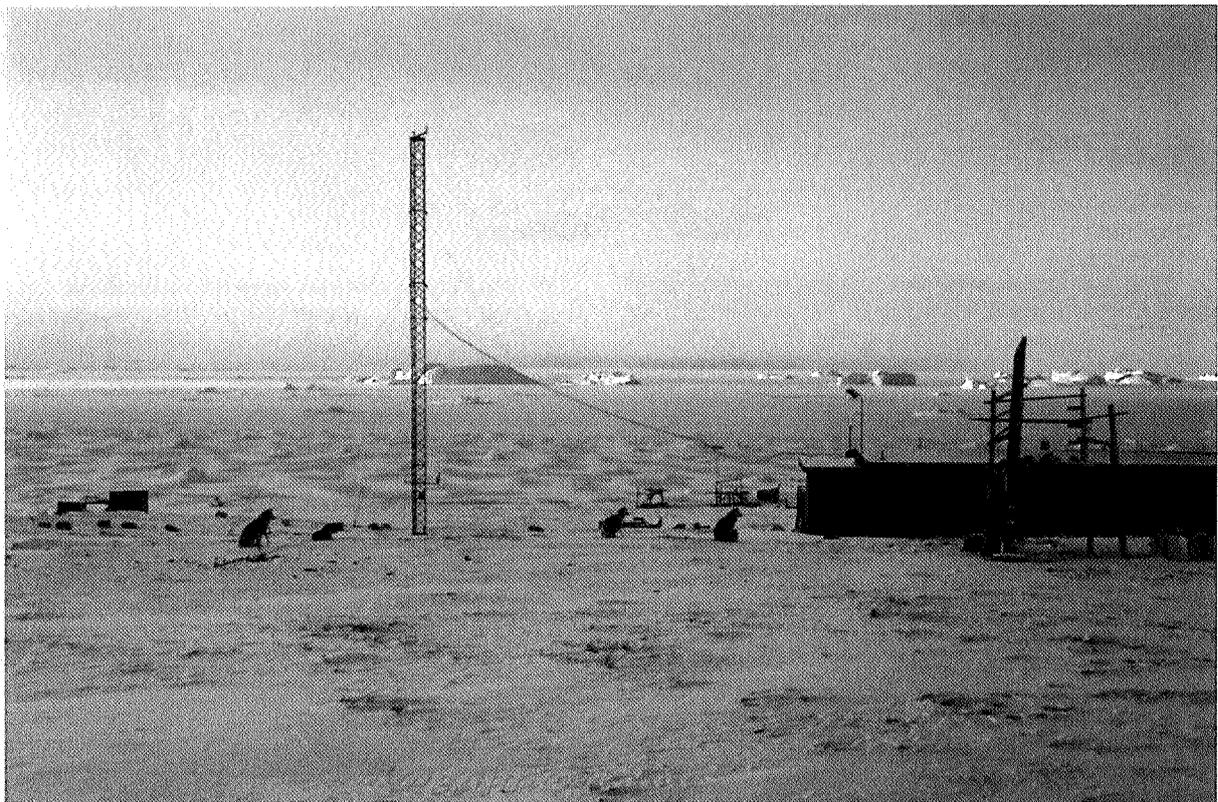


Bild 3: Automatische Synopstation Nr. 04201 des DMI; sendet seit August 1995 stündlich Messdaten über Windrichtung, Windgeschwindigkeit (Mittel und Böen), Temperatur und Luftfeuchtigkeit nach Kangerlussuaq in Südwestgrönland zur Weiterbearbeitung. Standort: Qaanaaq, Nordgrönland, Blickrichtung: S, Höhe: 17 m über Meer. (Adrian Meyer, März 1997)

Für die Observation von Wetter und Klima stehen den grönländischen und dänischen Wetterdiensten eine Vielzahl von Technologien zur Verfügung.

Aufgabe der dänischen Landeswetterzentrale (DMI) in Kopenhagen ist es, ein meteorologisches und klimatologisches Überwachungsnetz in Dänemark, Grönland und den Färöer zu unterhalten. Die Resultate der Klimaforschung bestimmen zudem massgeblich die Siedlungs- und Wirtschaftsplanung in Grönland. Automatische und bemannte Messungen, satellitengetragene Fernerkundung, Verarbeitung und Veröffentlichung von Wettervorhersagen und Karten sind dabei im allgemeinen Interesse und für die Sicherung der nationalen und internationalen Schiffführung und Luftfahrt unabdingbar geworden.

Gegenüber dem DMI untersteht das grönländische meteorologische Institut *ASIAQ Misissueqqaarnerit* mit seinen 28 Angestellten der grönländischen Selbstverwaltung. Es fungiert als exekutive Stabsstelle, welche die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und Unterlagen von Klima- und Satellitendaten für Flugmeteorologie, Hydrologie, Kartographie, Raumplanung und Geotechnik für die 55'980 Einwohner der Insel verwertet. Hierfür dienen ihm heute 23 automatische Messstationen entlang der Küsten, 8 Registrier- und Analysestationen für Wasserkraftermittlung und Wasserversorgung für Siedlungen in Süd- und Westgrönland sowie Wetterstationen im Gebiet der 7 geplanten neuen Flughäfen. Die Leistungsfähigkeit der vom *ASIAQ* (1996) betriebenen Messstationen dient der infrastrukturellen Aufrechterhaltung der

Siedlungen, des Vermessungswesens sowie des lokalen Flugverkehrs des Landes, das der fünfzigfachen Grösse der Schweiz entspricht. *ASIAQ* ist mit dem grönländischen Flughafenwesen der grönländischen Telekom sowie mit dem DMI in der in Nuuk ansässigen Dachorganisation *Nunasila* zu einem Organ zusammengeschlossen. Die von diesen drei Anstalten zusammengetragenen Daten werden vom *Nunasila* wissenschaftlich ausgewertet.

Die grönländische Selbstverwaltung ist indessen bestrebt, heute noch dem DMI vorbehaltene Aufgaben und Kompetenzen dem *ASIAQ* künftig zu übertragen. Ziel der Kompetenzübernahme liegt im Interesse verfeinerter lokaler Wettervorhersagen sowie in der Schaffung neuer Arbeitsplätze für die grönländische Bevölkerung.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen Grönlands seit der Erlangung des Autonomiestatus zeigen sich in allen Bereichen der grönländischen Gesellschaft, und sie könnten inskünftig zu einer vollständigen Loslösung der Insel von Dänemark führen. Jedoch erschwert schon die geografische Weitläufigkeit der Insel, die geringe Bevölkerungsdichte und die enorme Zersiedelung der isolierten Gemeinwesen die Entwicklung eines landesweiten Zusammengehörigkeitsgefühl der Grönländer, was – neben einer prosperierenden Volkswirtschaft – zum Aufbau einer umfassenden staatlichen Souveränität unabdingbar ist.

Résumé

Cette contribution porte sur l'autogestion grœnlandaise, reflétant ses efforts d'indépendance. Ce qui surprend c'est la clarté avec laquelle ont été entreprises les étapes qui ont conduit le Grœnland à l'autonomie depuis la décolonisation qui a débuté avec la réforme de la constitution danoise au développement du droit constitutionnel des droits d'autonomie. Ceci a conduit à l'indépendance du Grœnland. Les réglementations spéciales sur l'administration des ressources naturelles et l'accomplissement de tâches infrastructurales ont joué un rôle éminent dans les revendications d'indépendance et de l'acquisition d'une économie prospère et stable.

Summary

This contribution focuses on Home Rule in Greenland, the cornerstone of its pursuit to independence. It is quite surprising to observe the extent of lucidity with which Greenland undertook the entire process to achieve autonomy – starting with the reform of the Danish constitution that made decolonization possible until the development of the constitutional law being the condition for passing the autonomy acts. This completes the temporary state of Greenland's independence. The special regulations on the autonomous management of resources and infrastructural tasks play an essential role in the independence claims and in achieving a prosperous and stable economy.

Bibliographie

- AFTALE MELLEM GRØNLANDS LANDSSTYRE FRA 8.1.98
GRØNLANDS HJEMMESTYRE/
1998 *København: Miljø og Energiministeriet.*
- ASIAQ
1996 *Asiaq Nyhedsbrev.- 1/96, Nuuk. [Atuagagdliutit/Grønlandsposten; Periodika]*
- BANDI Hans-Georg
1948 *Die Eskimos.- Zürich: Orell Füssli Verlag. [Übersetz.]*
- BERETNINGER FRA FÆLLESRÅDET
1992-96 *København: Råstofforvaltningen for Grønland.*
1993-95 J.nr. 9112-05.
1997 Dok. 23/97, 17.6.97.
- BRENDAN die wunderbare Meerfahrt des hl.
1476 *Augsburg.- Inkunabel: Anton Sorg.*
- DANMARKS METEOROLOGISKE INSTITUT
1996 *Fremtidens Klima.- København: DMI. [oversættelse af IPCC Second assesment report]*
- DEGE Wilhelm
1965 *Die Westküste Grønlands; Bevölkerung, Wirtschaft und Siedlung im Strukturwandel.- Bremen: Dt. geographische Blätter, Bd. 50, H 1-2.*
- ETZEL Anton v.
1860 *Grønland geographisch und statistisch beschrieben.- Cotta'scher Verlag: Stuttgart.*
- FOIGHEL Isi
1980 *Home Rule in Greenland. Meddelelser om Grønland, 1.1980.- Nyt Nordisk Forlag: København.*
- FREUCHEN Peter
1963 *Erindringer.- København: Nordisk Forlag A/S.*
- GHEXIS
1995-98 *Periodika.- Copenhagen: GEUS.*
- GREENLAND MINEX NEWS
1995-98 *Periodika.- Copenhagen: MRA & GEUS.*
- GRØNLANDS STATISTISK ÅRBØGER
1988-97 *Nuuk: Atuakkiorfik.*
- HENRIKSEN Vera
1988 *Mot en verdens ytterste grense.- W. Nygaard: H. Aschehoug.*
- ISRAEL Heinz
1969 *Kulturwandel grönländischer Eskimo im 18. Jahrhundert.- Berlin: Akademie-Verlag.*
- KARLSON Gunnar
1986 *Landafunðir.- Reykjavik: Námsgagnastofnum.*
- KÜRTZ Hans
1994 *Grønland.- München: C.J. Bucher GmbH.*
- LANDNÁMABÓK ÍSLENDINGABÓK
1968 *Reykjavik.*
- LARSEN Finn
1982 *Regler og konfliktbearbejdningsmetoder hos de grønlandske eskimoer i den førkoloniale periode, Århus.*
- LAURITZEN Phillip
1989 *Highlights of an arctic revolution.- Nuuk: Atuakkiorfik.- Grønland.*
- LOVFORSLAG
1997-98 *nr. L 19, Folketinget.- København: Miljø og Energi-ministeriet.*
- MEYER Adrian
1995 «Rohstofforschung in Grønland».- *NZZ (31): 7.*
1998 «Wetter als ein Fundament für Leben in Grønland».- *NZZ (14): 12.*
- NILSSON Inger
1978 *Grønlandsfrågan 1929-1933; en studie i småstats-imperialism.- Umea: Act Universitatis Umensis.*
- ROBERT Joëlle
1986 «Ammassalik, East Greenland - end or persistence of an isolate?».- *Meddelelser om Grønland (København) 10/1986. [Nyt Nordisk Forlag]*
- SANDELL Birger und Hanne
1988 *Udnyttelsen af de levende ressourcer i Scoresby-sund.- Gudhjem.*
- VEITER Theodor
1990 *Die Autonomie Grønlands.- Wien: W. Braumüller GmbH.*
- VICTOR Paul-Emile und Joëlle ROBERT
1989 *La civilisation du phoque.- Paris: Colin.*

